



Interview Johannes Neukirchen: Politik - Wirtschaft - Beratung – Teil 2/3

Herr Neukirchen, aus der Transformation der Gesellschaft heraus bekommen es Politik und auch Wirtschaft immer mehr zu tun mit sehr energischen Vorstellungen und Aktionen der sog. "Zivilgesellschaft" - was sagen Sie dazu?

"Zivilgesellschaft" - das 2. Grundphänomen des gegenwärtigen Transformationsprozesses unserer Gesellschaft:

Das energische Auftreten und insbesondere der Gestaltungsanspruch der **"Zivilgesellschaft"** - bis hin zu einer "besseren **Gegenpolitik**" - hat als 2. gesellschaftliche Entwicklungslinie neben der "Fragmentierung" die Politik in Deutschland sehr verändert.

Beide Entwicklungslinien, Fragmentierung und Zivilgesellschaft, sind seit den 1960er Jahren Kennzeichen der **"Postmoderne" in allen "reifen Gesellschaften"**. Gedanklich entwickelt aus den Freiheitsrechten der Individuen formiert "Zivilgesellschaft" die Individuen - gewissermaßen in einer Gegenbewegung zur Fragmentierung - kollektiv unter einer Idee, vorgeblich als eigene Identität, vorgeblich in einem staatsfreien Raum, aber mit dem Anspruch gesellschaftlicher Gestaltung!

Wir haben damit heute schon eine mindestens innere Konkurrenz zwischen dem **"liberalen Rechtsstaat"** „mit seiner z.B. im Grundgesetz definierten Ordnung (Status, Rechte und Pflichten von Individuum und Staat) und vorgeblich "staatsfreier" **"Zivilgesellschaft"**.

Wie agiert die "Zivilgesellschaft"?

Die "Zivilgesellschaft" ist als solche nicht formiert, sondern stellt ein buntes Gemisch dar von **"Bewegungen"** - unter verschiedensten Themen: soziale, humanistische, idealistisch-gemeinwohlorientierte bis hin zu rein politischen Gruppierungen. Auch **"NGO"** ist dabei eine zwar übliche, aber nicht sehr Vieles klarstellende Bezeichnung.

Hauptkennzeichen der politischen Formationen unter den NGOs sind exemplarisch das Selbstverständnis als gesellschaftliche Bewegung außerhalb von Parlament und formierter Politik. Gleichwohl mit dem energischen **Anspruch der Gestaltung** unserer Gesellschaft nach selbstdefinierten Zielen und mit Druck auf Öffentlichkeit und Politik durch spektakuläre Aktionen und Aktivisten, besonders unter dem Klima-Thema! Zum Teil und immer öfter mit kalkulierten Rechts- und Tabubrüchen.

Wirksamer sind aber die gewaltfreien Großaktionen, weil sie Akzeptanz und Dialog ermöglichen - bis hinein in die Politik. Auf jeden Fall haben **Wirtschaft und Politik mit dem NGO-Teil der Zivilgesellschaft erhebliche Probleme...**

Wie verhält sich die Politik?

Wir haben heute im deutschen politischen Diskurs, wie gesagt, eine **innere Konkurrenz** zwischen dem "liberalen Rechtsstaat" des Grundgesetzes, der ja "gesellschaftliche Autonomien" mitumfasst und anerkennt, und den Ansprüchen und Zielen mancher politischer Gruppen der Zivilgesellschaft.



Die Politik allgemein sucht weitgehend den Dialog mit dem vorparlamentarischen Raum, sofern das möglich ist.

Besonders natürlich, wenn es thematische Schnittmengen zu den eigenen Zielen gibt oder man eine eigene Vergangenheit als "Bewegung" hat. Einig ist man sich bei den Parteien und Parlamenten nach meinem Eindruck in der Ablehnung von Gewalt gegen Personen, Gewalt gegen Sachen, Rechteverletzungen bei Eigentum, Infrastruktur, ja sogar geschäftliche Beschränkungen der Unternehmen werden - jenseits der Polizei - mehr und mehr hingenommen, bestenfalls in einen Dialogprozess überführt (mit ggf. öffentlichen Entschädigungen).

Wie steht es insgesamt um den politischen Erfolg der "politischen Teile" der Zivilgesellschaft, der NGOs?

Die größten Erfolge haben die politischen Aktivisten erzielt bei den **Medien** der offenen Gesellschaften, wo heute ihre Aktionen und Ziele jeweils eine prominente Platzierung finden, **"Aktivisten"** gesuchte Talk-Gäste sind.

Die Themen Menschenrechte, Sozialstandards, Arbeitsschutzrechte (Kinderarbeit..) sind natürlich gesamtgesellschaftlich akzeptierte unstrittige Themen und Ziele. Aber - nach vieljährigem Druck der NGOs - enthält mittlerweile jeder Offizielle Besuch von Bundeskanzlerin und weiterer politischer Prominenz in entsprechenden Staaten den Programmpunkt "Begegnung mit Vertretern der dortigen Zivilgesellschaft" (was sehr unterschiedlich dann ausgefüllt werden kann).

Sind die politischen NGOs "Lobbyisten"?

Ganz eindeutig und nachhaltig und erfolgreich! Mit großer Klientel in bestimmter Politik und Medien, mit vielfacher Frontstellung gegenüber Wirtschaft unter der Legitimation "Verbraucherschutz" und mit fundamentalen politischen Forderungen gegenüber der **"repräsentativen Demokratie"** - als Konkurrenz!

Unauslöschlich in den Medien ist wohl die Bewertung von NGOs als **"gute Lobby"** - weil normative, angeblich "gemeinwohl"-orientierte Ziele vertretend - zu **"schlechter Lobby"** in Gestalt der Vertreter der "Wirtschaft", die ja "nur Unternehmensinteressen" vertreten: Das Bewusstsein von der gesellschaftlichen und gesellschaftsgarantierenden **Funktion "der Wirtschaft"** ist nach meiner Beobachtung in bestimmten Teilen von Politik und Medien nicht nur unterentwickelt, sondern ideologisch fixiert!

NGOs haben sich in Deutschland - ich versage mir Namen zu nennen - über ihre Protestthemen (Auto, Ernährung, Tierwohl, Öffentl. Kontrolle, Abmahnwesen usw.) zu beachtlichen **"Geschäftsmodellen"** entwickelt, z.T. mit Konzerncharakter.

Geradezu irrational ist die z.T. erhebliche Unterstützung, die sie von Wirtschaftsunternehmen und (zumeist) dem Staat erhalten - für gesellschaftliche Projektarbeit, wie es dann zumeist heißt. Demgegenüber sind die bilanziellen Angaben über die offizielle Finanzierung dann vielfach dünn und beziehen sich dann vielfach nur auf überschaubare Mitgliedsbeiträge.



Also gehören die NGOs in das jetzt anstehende neue "Lobbyregister" von Bundestag und Bundesregierung?

Auf jeden Fall! In der Tat steht in dem Gesetzentwurf der Regierungskoalition, dass damit der Umgang von **"Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft"** in der politischen Arbeit geregelt werden soll. Diese Nennungen auf gleicher Ebene und undifferenziert ist ein gutes aktuelles Beispiel für den Erfolg der intellektuellen Infiltration unserer Gesellschaft durch die "formierte Zivilgesellschaft":

Politik und Zivilgesellschaft stehen als Partner auf gleicher Stufe. Die **Wirtschaft** ist - entgegen aller Fakten von Unternehmenszweck, Arbeitsplätzen, Steuerzahlungen und Zukunftssicherung durch Innovation - offensichtlich kein Teil der "Gesellschaft" - zum Trost: gerade wie dann auch die Politik..

Die Einbeziehung der NGOs (ebenso die der Rechtsanwalts-/Beratungskanzleien und der "Platforms") ist dringend geboten. Zugleich muss das Parlament endlich auch die Frage des **"Mandats-Lobbyismus"** regeln, spätestens seit der Causa Amthor. Diese war zwar Auslöser der jetzigen Lobbyregister-Vorlage, findet aber keine Regelung für die Parlamentarier. Gespannt darf man sein, ob jetzt der (geschäftliche) Zugang zum Deutschen Bundestag auch für ehemalige Parlamentarier in das Lobbyregister einbezogen wird.. Bisher hatte der Deutsche Bundestag - nach Beschlüssen unter BT-Präsident Lammert - alle Unternehmensvertreter - zum Teil langjährig mit Hausausweisen zugelassen - exkludiert und "Wirtschaft" einfach als "Verbände" definiert...Auch insoweit zum Verständnis von Wirtschaft!

Die **Wirkungsmacht der "Zivilgesellschaft"** manifestiert sich, insbesondere bei den politischen NGOs, als machtvoll aufgebauter **politisch-medialer Druck über Öffentlichkeit und Medien** auf die politischen Entscheider. Zum Beispiel bei **TTIP** stellte binnen kürzester Zeit ein deutscher GRÜNEN-MdEP mit Hilfe der NGOs eine machtvolle Protestbewegung gegen den Vertrag auf mit u.A. mehreren Hunderttausend Eingaben bei einer entsprechenden EU-Konsultation; im Nu bildete sich eine parlamentarische Unterstützerfront auch im Deutschen Bundestag, und Wirtschaftsminister Gabriel und die SPD gaben auf. Es galt schon als Koalitionserfolg, dass - gewissermaßen im Windschatten der TTIP-Revolte - das Handelsabkommen mit Kanada, obwohl gleichfalls inkriminiert, gerettet werden konnte. Auftrittsmacht kostet übrigens auch Geld - ist also auch "registerfähig"!

Wie reagieren z.B. Parlamente auf die doch irgendwie mit dem Mandat in der repräsentativen Demokratie "konkurrierenden politischen NGOs"?

Über diesen sehr spektakulären Fall hinaus, kann man in der Tat ein **generelles Muster** erkennen:

Sehr unterschiedlich reagieren z.B. Regierungskoalitionen und Oppositionen in Bund und Ländern, natürlich auch auf EU-Ebene, wenn es um fundamentale politische Kursänderungen geht. Zum Beispiel bei der "Dekarbonisierung" (Kohleausstieg, Mobilitätspolitik):

Hier setzen die **aktivistischen Bewegungen** z.B. ihre **Ziele absolut**, mit Vorrang vor Allem, ohne Rücksicht z.B. auf soziale Folgen. In der Politik finden diese absoluten Ansprüche in der Regel eine gewisse wohlwollende Begleitung bei den meisten Parteien der Opposition, während die Regierungsparteien um einen "Prozess" bemüht sind, der das Problem komplex lösen soll - Musterbeispiele: seinerzeit Atomausstieg, heute Kohleausstiegsgesetz –



misslungen: "Energiewende", weil überhastet einer absoluten Forderung nachgegeben ohne komplexe Absicherung des Gesamtrahmens (z.B. Gesetzgebung Netzausbau usw.).

Natürlich muss ein **Parlamentarier (Parteien natürlich ebenfalls)** immer bedenken, dass "Volksbewegungen" auch seine eigene **Basis (Wahlkreis und Mandat)** betreffen können, und wird sich deswegen immer gesprächsbereit verhalten.

Wie sehen Sie die weitere Entwicklung in Politik und Gesellschaft, auch unter dem Aspekt "Wirtschaft"?

Die Entwicklung allgemein und weiter hin zu einer **"partizipativen Gesellschaft"** ist ein Kennzeichen der "Postmoderne" in allen "reifen Gesellschaften".

Transparenz, Pluralität, Transparenz sind hier Leitworte, an denen entlang sich ein Teil der Transformation in Gesellschaft und Politik vollziehen wird. Das ist die eine, die gesamtgesellschaftliche Seite!

Konkreter für die **Wirtschaft** sind aber einige Entwicklungen, die sich aktuell verstärkt haben:

Die internationalen Handelskonflikte und die Störversuche am WTO-Regelwerk haben in Verbindung auch mit den Notmaßnahmen der Pandemie die Wirtschaft abhängiger gemacht von den Staaten, von Handels- u. Zollpolitiken als rein politischen, nicht marktbezogenen Instrumente. **"Wirtschaft" als politisches Instrument** und Objekt bei politischen Sanktionen: Russland wegen der Annexion der Krim, Iran. Aber auch die **extraterritoriale Regulierungspolitik der USA** auf vielen Gebieten, zuletzt spektakulär die 2. Ostsee-Pipeline und der deutschen Kleinhafen Mukran!

Bei all' diesen Aktionen sind Interessenwahrnehmungen seitens der Wirtschaft - wenn überhaupt - nur auf **EU-Level** sinnvoll.

Weiter hat auch die deutsche Politik angezogen bei der **Genehmigungspflicht bei Übernahmen und Investitionen** - aber immer noch liberal im Vergleich zu vielen anderen Industriestaaten. Die Tendenz der politisch motivierten Abschottung ist aber da. Die Begründung heißt gesamtstaatliche **"Daseinsvorsorge"** (Service publique).

Gehört dies alles, vielleicht nicht in dieser Intensität, zum "normalen politischen Instrumentenkasten", so sind wir - sieht man auf den Gesamttrend im **Programm-Diskurs der Parteien in Deutschland** im Vorfeld zur Bundestagswahl 2021 - deutlich in einer **neuen Qualität** angekommen; dazu der politische, klimaziel-bestimmte **Gleichklang der Exekutive** bei EU und Deutschland:

Die politisch definierten Klimaziele der EU bis 2030 bzw. 2050 werden auf Druck von Aktivisten inner- wie außerhalb der Politik angezogen mit dem Ziel der fundamentalen Umwälzung des gesamten Wirtschaftsgeschehens in Zielen, Struktur und Vollzügen, auch unter der Gefahr eines totalen Crash. Die Wirtschaftsziele und - Bereiche werden von der Politik unter dem politisch allein akzeptierten **Label "Green"** von EU, EU-K und EP, sowie der nationalen Ebene vorgegeben und setzen sich im Bereich der Finanz- und Förderinstrumente ("Taxonomie") fort.

Politische Vorgaben bestimmen die Grundziele künftiger Wirtschaft - radikal, ein begleitender, abfedernder wirtschaftlich-sozialer Prozess ist bisher noch nicht zu erkennen:



die tatsächliche Umsetzung des 750-Mrd-RECOVERY PROGRAM der EU wird hier Aufschluss geben müssen..

Und die Gesamttendenz?

Staatlicher Interventionismus im Fundamentalen und konkret - siehe Energiewirtschaft, Automobilpolitik, viele weitere Bereiche - über den Katalysator "Dekarbonisierung", die Instrumentierung der Finanz- und Förderinstrumente begleiten diesen Weg in künftiges Wirtschaften. Insgesamt die Abwendung die politische Abwendung von der Leitidee des "Staat als Ordnungsrahmen für freie Kräfte Setzender" hin zu politischer Ziel-, Themen- und Umsetzungsvorgabe.

Der aktuelle Diskurs der Fraktionen des Deutschen Bundestages um den Entwurf des "Lieferkettengesetzes" ist hier nur ein allerdings sehr instruktives Präludium! Die Politik ist insgesamt für die Wirtschaft autonomer, damit unberechenbarer, aber auch politisch rigider geworden.

Wie verlässlich für die Wirtschaft ist dann "politische Autorität" heute noch?

Zunächst: Das Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge, Bedingungen und Prozesse in der deutschen Politik ist vielfach erschreckend gering. Der Drang, alles "**politisch**" - also "willentlich" - anzugehen, hat vielfach auf höheren Ebenen Priorität; vor Ort, in den Wahlkreisen (und in der Regel auch auf Landesebene) ist das anders: da werden komplexe wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Zusammenhänge konkret und daher leichter verstanden.

Zudem haben die - bis auf einige schwere, aber zeitlich begrenzt gebliebene Krisen - durchgehend guten letzten **70 Jahre** Deutschlands Politik wie Bevölkerung verwöhnt und die

Vorstellung von einer immer weiter **prosperierenden Wirtschaft** - und einer Wirtschaft als "Cash cow" - absolut verfestigt!

Die immerwährende harte, internationale, wettbewerbliche Leistungserfordernis der Wirtschaft wird ausgeblendet:

anders sind nur fordernde, **Wirtschaft als "Leistungserbringer"** und Enabler für Politik-Projekte definierenden Koalitionsverträge und immer neue Bürokratie-Auflagen und die steigende sonstige Regulation nicht zu erklären..

Dazu kommt eine **Entwicklung in den politischen Parteien:**

Die **Entscheidungsgremien** der politischen Parteien in Deutschland - das kann man beispielsweise klar für die letzten 10 Jahre sagen - sind deutlich volatiler geworden. Als Teil der Gesellschaft und für die Gesellschaft befinden sich natürlich auch die politischen Parteien selbst, im Inneren, in einem Transformationsprozess mit "Fragmentierung" und einem Strauß "zivilgesellschaftlicher Ideen". Ob im Koalitionsausschuss oder im Regierungsamt oder Parlament: Entscheider müssen sich permanent auch nach innen begründen, rechtfertigen, sich stützende Mehrheiten sichern. Im Zweifelsfall sich auch als Repräsentanten einer Gruppierung bewähren: Soziales/Gewerkschaft, Klima, Regionalbezug u.A. mehr. Das führt - wenn man es hart ausdrücken möchte - zu einer "bedingten Autorität".

Die Fortsetzung dieses Gesprächs folgt.